

MÜNCHEN

Links und Rechts kuscheln am Nockherberg

München (ddp). Peter Gauweiler verspricht einen besonderen politischen Schlagabtausch: «Willkommen zur Wahlkampfveranstaltung der anderen Art», begrüßt der CSU-Politiker die Gäste im überfüllten Festsaal der Paulaner-Brauerei am Nockherberg in München.



Wo man sich zur Fastenzeit über Politiker jeglicher Couleur lustig macht, findet am Dienstagabend scheinbar ein Zweikampf der Extreme statt: CSU gegen Linke, Gauweiler gegen Linksparteichef Oskar Lafontaine lautet das Duell für die als «Kontroverse um Deutschlands Zukunft» angekündigte Veranstaltung.

«Ich begrüße den mutigsten Mann des Abends, der sich in die Höhle des schwarzen Löwen hier am Nockherberg gewagt hat», ruft Gauweiler im Stile eines Ringsprechers. Die Antwort sind nicht etwa Buhrufe oder Schmähungen von Seiten der CSU-Anhänger. Vielmehr schallen «Oskar, Oskar»-Rufe und lauter Jubel durch den Saal - so laut, dass Gauweiler sich zu der Frage genötigt fühlt, ob denn überhaupt Wähler der Christsozialen gekommen seien.

Spätestens als Gauweiler überschwänglich auch noch FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher als «Grande Dame aus Bayern» unter den Anwesenden begrüßt, wähnt sich mancher Zuhörer endgültig auf der falschen Veranstaltung. Doch auch zwischen Linkspartei und FDP tun sich an diesem Abend unerwartete Schnittmengen auf: «Ich wette, ich könnte das 'Freiburger Programm' der FDP auf dem Linksparteitag vorlegen - und es würde gewählt werden», sagt Lafontaine, der lammfromm vor einem CSU-Plakat sitzt. Die Devise «Nicht Eigentum für wenige, sondern Freiheit für alle», könnte schließlich ebenso gut von den Linken stammen.

Auch sonst wird an diesem Abend mehr gekuschelt als gebrüllt. Statt auf den eigenen Widerstand gegen den Lissabon-Vertrag zu verweisen - CSU wie Linke haben dagegen geklagt und mehr Mitspracherechte Deutschlands bei EU-Entscheidungen gefordert - versteigt sich Lafontaine zu dem Lob, dass es «wesentlich» Gauweilers Verdienst sei, dass das Bundesverfassungsgericht nun genau diese Nachbesserungen anmahnt.

Auch der von Gauweiler geforderte Einsatz der Bundesrepublik gegen Piraten - «eine Macht wie Deutschland sollte in der Lage sein, mit eigenen Mitteln gekaperte Schiffe zu befreien» - treibt dem Lafontaine-Chef nicht die Zornesröte ins Gesicht. «Der Teufel liegt im Detail», meint er bloß. Wichtig sei nur, dass ein solches Einschreiten ein Polizei-, und kein Militäreinsatz sei. Gut, dass Gauweiler «endlich ein Gegensatz» frotzelt - man könnte die gegensätzlichen Positionen der einander aus «Bild»-Kolumnisten-Zeiten vertrauten Politiker beinahe übersehen.

Munter geht es auf diese Weise von gesellschafts- und sicherheitspolitischen Themen hin zur Steuerpolitik - eigentlich ein Feld voll unüberbrückbarer Gegensätze. Doch selbst als Lafontaine fordert, den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anzuheben, nimmt er den Konservativen im Saal den Wind gleich wieder aus den Segeln: «Das wäre wie zu Zeiten Kohls», betont er, «und der war auch kein Sozialist.»

Erst beim Thema Parteienfinanzierung brechen die alten Gräben auf: «Ich bin zutiefst überzeugt, dass Spenden von Banken und Großbetrieben untersagt werden sollten. Ich möchte eine Demokratie, die nicht von Spenden beeinflusst wird», fordert Lafontaine. «Eure PDS hat doch immer noch die SED-Millionen», faucht Gauweiler zurück - eine der wenigen echten Kontroversen an diesem Abend.

Statt auf Gauweiler und die CSU einzuprügeln, knöpft sich Lafontaine lieber Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor. Zwar fordere diese, dass Manager-Boni bekämpft, Finanzmärkte reguliert und Steueroasen ausgetrocknet werden müssten, kritisiert er. «Aber es geschieht nichts. Es wird nur gequatscht und die nächste Blase vorbereitet. Das ist ein schlimmes Versagen. In diesem Sinne ist Merkel eine schlimme Versagerin.»

Auch wenn Gauweiler das Verhalten von Merkel und Regierungspartner Frank-Walter Steinmeier (SPD) in der Krise prompt als «goldrichtig» verteidigt, ein wirklich scharfer Links-Rechts-Gegensatz will sich an diesem Abend nicht auf tun: «Ein Mensch kann nie ganz rechts oder ganz links stehen», ist Gauweiler nach zweieinviertel Stunden Diskussion in Hemdsärmeln denn auch überzeugt. «Die rechte und linke Denke sollten nicht als Feindbilder gegeneinander stehen, sondern wir sollten sie als Ergänzung begreifen.» Aufmerksamkeit und viel Platz zur Darlegung der eigenen Position ist beiden Politikern mit

solchen Aussagen auf jeden Fall gewiss.

12.08.2009 11:37 Uhr

Letzte Änderung: 12.08.09 - 14.45 Uhr